

# SPD-Stadtverordnetenfraktion Weilburg

Presseinformation vom 17.07.2010

## **Professionalität und Akzeptanz in der Bevölkerung sind Voraussetzung für interkommunale Zusammenarbeit**

## **Klare Rahmenbedingungen und frühzeitige Parlamentsbeteiligung erforderlich**

## **Stadtparlament hat einen Prüfauftrag für den Bauhof erteilt**

Interkommunale Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus erfordert Professionalität und die Bereitschaft liebgewonnene Erbhöfe aufzugeben. Dabei ist es wichtig, mit guten Beispielen voran zu gehen und Entscheidungen nicht in die Zukunft zu verschieben. So sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende im Weilburger Stadtparlament, Hartmut Bock die derzeitige Diskussion über die Kooperation von Gemeinden, die wegen leerer Kassen an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit stoßen. Gebremst werden die Aktivitäten auch von vielen hauptamtlich tätigen Kommunalpolitikern, die sich vor Funktionsverlusten fürchten. Dieses Argument wird in der laufenden Debatte oft unterdrückt, ist aber in vielen Fällen ausschlaggebend.

So hat in Weilburg das Stadtparlament bereits im Dezember des vergangenen Jahres bei der Beratung des Stadthaushaltes 2010 einen Prüfauftrag beschlossen, mit dem Ziel, gemeinsam mit den Nachbarkommunen eine Zusammenarbeit der Bauhöfe zu organisieren, um eine Kostenreduzierung und eine Effizienzsteigerung zu erreichen. Bisher sind aber keinerlei Aktivitäten bekannt. Im Gegenteil, es wird im Weilburger Land weiterhin kräftig in Bauhöfe und in die Technik investiert und gleichzeitig über fehlendes Geld gejammert. Wir werden, so kündigte Hartmut Bock an, das Thema weiterhin auf die Tagesordnung setzen.

Ein wichtiger Eckpfeiler für die Zusammenarbeit ist die frühzeitige Einbindung der kommunalen Parlamente und das Vereinbaren klarer Regeln für die Umsetzung, die kontrollierbar sind und an die sich alle halten müssen. In der Vergangenheit wurde da vielfach zu oberflächlich gearbeitet, wie jüngste Beispiele auch in Weilburg zeigen. Die noch vor Kurzem heftig geführte Diskussion um das KidsCollege mit Torsten Heimann ist dafür ein Beleg. Die beteiligten Kommunen Weinbach, Löhnberg und Weilburg haben sich hier sehr locker auf der informellen Ebene über die gemeinsame Umsetzung der Jugendarbeit vereinbart. Klare Ziele und Regeln wurden nicht definiert, Verträge gab es keine und die Parlamente blieben auch außen vor. Das Ergebnis kennen wir, so Hartmut Bock, das Projekt ist wegen handwerklicher Fehler gescheitert.

Auch der vor zwei Jahren gemeinsam von den Gemeinden Löhnberg, Merenberg und Weilburg gegründete Verein „Menschen(s)Kinder“ läuft in die gleiche Richtung. Die gemeinsame Organisation von Kindergärten und die Übertragung des Betriebs auf den Verein war das Ziel, um eine qualitativere Betreuung und einen wirtschaftlicheren Betrieb zu erreichen. Doch der Verein ist bis heute noch nicht funktionsfähig, wie eine Anfrage von Hartmut Bock im Weilburger Stadtparlament gezeigt hat. Jahreshauptversammlungen, Rechenschafts- und Kassenberichte oder die Entlastung des Vorstandes, das alles hat es bis heute noch nicht gegeben. Eine Mitwirkung des Parlamentes erfolgte nur bei der ursprünglichen

## **SPD-Stadtverordnetenfraktion Weilburg**

Beschlussfassung und später nicht mehr. Dies ist kein Muster für eine gelungene Kooperation, so Hartmut Bock.

Ein gutes Beispiel ist der Abwasserverband Weilburg. Hier wurde ein Zweckverband gebildet, der ordentlich von der Kommunalaufsicht geprüft wird und eine Verbandsversammlung überwacht den laufenden Betrieb. Die Konditionen für alle Beteiligten sind präzise festgelegt und vorher abgestimmt worden. Doch auch hier ist Wachsamkeit angesagt, wie das Beispiel der plötzlichen Entlassung des ehemaligen Geschäftsführers zeigt. Nur durch hartnäckiges Nachfragen im Stadtparlament wurde aufgedeckt, dass hier Unregelmäßigkeiten vorlagen und ein Schaden für den Verband entstanden ist.

Alles Beispiele die Licht und Schatten bei der interkommunalen Zusammenarbeit aufzeigen. Der gute Wille und eine hemdsärmelige Herangehensweise reichen nicht aus um den Erfolg zu sichern, erklärt Hartmut Bock dazu. Eine sorgfältige Planung, eine frühzeitige Einbindung der Parlamente, die genaue Beschreibung der Ziele und ein unabhängiges Kontrollsystem sind die Voraussetzungen, die zum Gelingen beitragen. Wichtig ist auch die umfassende Information der Öffentlichkeit, die das gemeinsame Arbeiten der Kommunen auch unterstützen und tragen muss.